

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt

22. Sitzung
6. März 2013

Beginn: 11.04 Uhr
Schluss: 13.40 Uhr
Vorsitz: Dr. Manuel Heide (CDU)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Philipp Magalski (PIRATEN) stellt die von seiner Fraktion eingereichte Frage:

Hält der Senat es für sinnvoll, die Bauvorhaben eines 63 Meter hohen Luxuswohnbauprojekts mit verlangten Quadratmeterpreisen von bis zu 9 000 Euro sowie einem ebenfalls geplanten 120 Meter langen Gebäuderiegel auf dem geschichtsträchtigen ehemaligen Todesstreifen zwischen East-Side-Gallery und der Spree durch Einleitung eines Änderungsverfahrens zum bestehenden Bebauungsplan zugunsten einer dem Bürgerentscheid „Spreeufer für alle“ entsprechenden Planung gesichert durch Veränderungssperre zeitnah zu verhindern? Und wird der Senat entsprechende Schritte unverzüglich einleiten?

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm) berichtet, der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg habe im Oktober 2012 beim Senat gemäß § 5 Baugesetzbuch die Änderung der Planung des Bebauungsplans für die Grundstücke Mühlenstraße mit der Absicht angezeigt, statt der festgesetzten Baugebiete Grünflächen festzusetzen. Offensichtlich habe er damit auch die Form der Bebauung hinterfragen wollen. SenStadtUm habe dem Bezirk bestätigt, dass gegen die Planungsabsicht wegen der dringenden Gesamtinteressen keine Bedenken bestünden. Dazu habe der Bezirk aber bisher keinen Aufstellungsbeschluss gefasst. Wenn der Bezirk das begonnene Verfahren zu Ende führen wolle, habe der Senat keine Bedenken dagegen. Das Bestreben vieler, die East-Side-Gallery zu erhalten, halte er – Redner – für richtig. Darüber hinaus müsse es aber auch Weiterentwicklung in den Bereichen Wohnen und Gewerbe geben.

Philipp Magalski (PIRATEN) fragt nach, ob der Senat in Berücksichtigung der Belange der Bürger vor Ort und der großen Bedeutung der Flächen bereit wäre, die Planungshoheit auch bezüglich der Verkehrsflächen an den Bezirk zurückzugeben.

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm) erwidert, der Bezirk habe die Planungs- und Genehmigungshoheiten und nutze sie auch, habe auch den Investoren gegenüber entsprechend agiert.

Katrin Lompscher (LINKE) trägt die von ihrer Fraktion eingereichte Frage vor:

Welche Denkmalschutzbehörden – untere des Bezirks und/oder obere des Senats – waren in das Baugenehmigungsverfahren für das Grundstück Mühlenstraße 60-63 eingebunden? Mit welchen Maßgaben wurde wann die denkmalrechtliche Genehmigung erteilt? Und wie lautet die Stellungnahme des Landesdenkmalamts zum Abriss von Teilen der East-Side-Gallery und zur Versetzung an einen Standort, an der sich die Hinterlandmauer befand?

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm) antwortet, der Grundstückseigentümer besitze eine vom Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg erteilte rechtskräftige Baugenehmigung vom 30. Juni 2008. Diese sei auf Grundlage des am 15. Mai 2005 vom Bezirk festgesetzten Bebauungsplans erteilt worden. Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durch den Bezirk 2004 und der öffentlichen Auslegung dazu am 15. März 2004 sei SenStadtUm formal beteiligt und durch das Landesdenkmalamt – LDA – vertreten worden. Während des von 1997 bis 2005 laufenden Bebauungsplanverfahrens sei das LDA mehrfach befragt worden. Die vom LDA geäußerten Vorbehalte gegen eine Öffnung der East-Side-Gallery in Verlängerung der Brommybrücke seien jedoch zugunsten der Erschließung der Brücke und Baugrundstücke zurückgestellt worden. Die Baugenehmigung sei basierend auf der im B-Plan festgesetzten Straßenführung und Maueröffnung erteilt worden. Weiteren Wünschen von Investoren auf Öffnung der East-Side-Gallery sei bisher in Übereinstimmung von unterer Denkmalschutzbehörde und LDA nicht stattgegeben worden. Die Investoren hätten dagegen Klage eingereicht.

Ungeachtet dessen habe der Bürgermeister des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg im Februar 2013 einen städtebaulichen Vertrag unterzeichnet, der den Investoren verpflichte, eine Durchwegung der East-Side-Gallery in einer Breite von 23 m zuzulassen. Dies sei aus Sicht von SenStadtUm unverständlich, da er auf einer längst überholten Planung, dass die Brommybrücke als Autobrücke gebaut werden solle, basiere. Von diesen Plänen hätten inzwischen sowohl die Landes- als auch die Bezirksebene Abstand genommen. Wenn die Brücke überhaupt gebaut werde, dann als reine Fußgänger- und Radverkehrsbrücke, wofür kein 23 m breiter Durchlass benötigt werde.

Katrin Lompscher (LINKE) wiederholt ihre Frage, welche Denkmalbehörden an der Erteilung der Baugenehmigung mitgewirkt hätten. Mit welchen Maßgaben sei die denkmalrechtliche Genehmigung erteilt worden?

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm) antwortet, das LDA sei im Rahmen des B-Planverfahrens angehört worden sei, habe Bedenken geäußert, die aber im Interesse der Gesamtentwicklung zurückgestellt worden seien.

Antje Kapek (GRÜNE) fragt, ob Senator Müller angesichts der Tatsache, dass der Senat für die B-Pläne der Europacity Heidestraße in Moabit mit der Begründung einer gesamtstädtischen Bedeutung die Planungszuständigkeit an sich gezogen habe, seine wiederholt getätigte Aussage, die East-Side-Gallery habe keine gesamtstädtische Bedeutung, zurücknehme.

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm) erklärt, die Situation beider Areale sei nicht vergleichbar. In Moabit sei der Bezirk frühzeitig an SenStadtUm herangetreten und habe um Unterstützung bei der Planung gebeten. Weitere Verträge des Bezirks gebe es dort nicht. Bei der East-Side-Gallery habe der Bezirk seit 15 Jahren geplant und Genehmigungen erteilt, zuletzt im Februar 2013. Wenn der Bezirk dann nach öffentlicher Kritik gegen seine eigenen Verträge demonstriere und andere in die Verantwortung ziehe, sei dies peinlich. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sei zuständig. Die Senatsseite und der Regierende Bürgermeister versuchten nun zu vermitteln. Die Entscheidungen des Bezirks könnten nicht so einfach rückgängig gemacht werden.

Antje Kapek (GRÜNE) fragt nach, ob der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg als ausführende Genehmigungsbehörde nicht die vielen Anweisungen, die z. B. der damalige Senator Strieder bezüglich des Planungsinhalts gemacht habe, ausführen müsse. Auch könne der Bezirk nicht selbst Schulden aufnehmen, um ein Grundstück zu kaufen, um den Investor zu entschädigen oder ein Ersatzgrundstück anzubieten. Wie wolle der Senat eine Lösung auf Verhandlungsweg für neue Durchwegungen erreichen, wenn einer der beiden Investoren Klage eingereicht habe, um einen Durchbruch der Mauer zu erreichen?

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm) bemerkt, es sei nicht nachzuvollziehen, dass die Grünen von der Landesseite einerseits Initiativen forderten, andererseits deren Nutzen wegen der Klage in Zweifel zögen. Der Senat werde in den Gesprächen ausloten, was möglich sei. Der Senat sei erst einbezogen worden, als bereits viele Entscheidungen getroffen gewesen seien. Er habe den Eindruck, dass alle Beteiligten ein Interesse an einer konstruktiven Lösung hätten. – Außerdem sei Herr Strieder seit 2004 nicht mehr Senator. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sei nicht zu dem städtebaulichem Vertrag vor drei Wochen gezwungen worden.

Danny Freymark (CDU) fragt, wie der Senat die Bedeutung des Naturschutzpreises der Stiftung Naturschutz Berlin beurteile, der für besonders Engagement im Umweltbereich vergeben werde. Sei der Senat bereit, die Stiftung und die Ehrung besonderer Verdienste für den Umweltschutz weiterhin zu unterstützen?

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm) antwortet, SenStadtUm begrüße es, dass ehrenamtliches Engagement im Naturschutz z. B. über den Naturschutzpreis gewürdigt werde. Damit werde auch die Anerkennungskultur gefördert. Der Stiftungsrat der Stiftung Naturschutz habe entschieden, den Preis nur noch alle zwei Jahre zu verleihen. Finanzielle Gründe dürften nicht ausschlaggebend sein, da mit dem Preis kein Preisgeld verbunden sei. Angesichts des Gesamtkapitals der Stiftung sei dies eine Frage der Prioritätensetzung. SenStadtUm gehe davon aus, dass der Preis weiter regelmäßig verliehen werde.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide erklärt die Aktuelle Viertelstunde für beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/0788 [0091](#)
StadtUm
**Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege von
Berlin (Berliner Naturschutzgesetz – NatSchG Bln)**
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0055](#)
StadtUm
**Natur- und Landschaftsschutz in Berlin:
geänderte gesetzliche Grundlagen, Praxis der
Beteiligung von Verbänden im Natur- und
Landschaftsschutz, Regelungen zu Ausgleichs- und
Ersatzmaßnahmen und Perspektiven der
Naturschutzbehörden**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

- Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0088](#)
StadtUm
**IGA in Marzahn, insbesondere:
Wettbewerbsvorgaben von Senat und Bezirk,
Zusammensetzung der Wettbewerbsjury und
Einbeziehung von lokalen und fachlichen Akteur-
/innen (Kommunalpolitik, Gartenfreunde, Sport
etc.), weitere Beteiligungsgremien und öffentliche
Veranstaltungen, Vorstellung zu Zugänglichkeit und
Eintrittspreisgestaltung während der Ausstellung**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Katrin Lompscher (LINKE) stellt richtig, dass die Internationale Gartenausstellung – IGA – in Marzahn-Hellersdorf, nicht nur in Marzahn stattfinden werde. Zehn Monate nach Bekanntwerden des Orts und vier Jahre vor der Eröffnung solle im Ausschuss über den Fortschritt der Planung und Umsetzung gesprochen werden, damit deutlich werde, ob und welcher Handlungsbedarf bestehe. Während der letzten Haushaltsberatungen seien bereits Mittel bewilligt worden, obwohl noch keine konkreten Vorstellungen über die Umsetzung bekannt gewesen seien. Die Planungsprozesse müssten beschleunigt werden, ohne aber auf die Bürgerbeteiligung oder eine politische Debatte zu verzichten. Konkrete Themen seien im Besprechungstitel formuliert. Der Senat möge jedoch zusätzliche aktuelle Informationen geben. Zentral wichtige Fragen seien jetzt, wie das Konzept entstehe, wer daran mitwirke, welche inhaltlichen und finanziellen Vorgaben dafür gemacht worden seien oder wie die Organisation statfinde, damit für die Haushaltsberatungen 2014/2015 konkrete Planungen vorlägen. Die BVV Marzahn-Hellersdorf habe sich parteiübergreifend zum Projekt IGA bekannt und klare inhaltliche Vorgaben gemacht. Wie werde mit diesem politischen Votum in der weiteren Planung umgegangen?

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm) zeigt sich erfreut, dass seine Vorrednerin ihre Vorbehalte allgemein gegen eine IGA und insbesondere in Berlin überwunden habe. Es gehe nicht um eine „Blümchenschau“, sondern um Garten- und Landschaftsbau und darüber hinaus um Stadtgestaltung, Stadtraumgestaltung und die Einbindung von Wohngebieten im Außenbereich. Mit der Verlagerung der IGA von Tempelhof nach Marzahn-Hellersdorf werde ein anderer Akzent auf die internationale Debatte zum Urban Gardening gesetzt. Wie in Stadtrandbereichen mit starker Bebauung Grüngestaltung möglich sei, sei eine weltweit interessierende Frage. SenStadtUm erhoffe sich deshalb, dass Berlin damit einen weiteren Anziehungspunkt als Ideengeberin für andere Regionen der Welt erhalte.

Gegenüber der ursprünglichen Planung müsse wegen des Ortswechsels einiges, aber nicht alles umgestellt werden. Mit der Weiterentwicklung der Gärten der Welt würden Eckpunkte aufgenommen. Der Aufsichtsrat werde sich im März mit dem Konzept befassen und die IGA in Hamburg besichtigen. Es werde also mit ganzer Kraft an der Konzeption gearbeitet, nachdem der Beschluss dazu erst im September 2012 gefallen sei.

Über die Unterstützung aus dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf freue sich SenStadtUm. Es handle sich jedoch um eine Veranstaltung des Landes, die auch zu großen Teilen vom Land finanziert werde. Dass sich der Bezirk mit Investitionen im Grünbereich einbringen wolle, sei zu begrüßen. Für den Bezirk strebe man eine nachhaltige Grüngestaltung an, deshalb sei die Diskussion mit der Bevölkerung vor Ort wichtig. Am 13. Februar 2013 habe unter großer öffentlicher Beteiligung das erste Bürgergespräch zur IGA Berlin 2017 stattgefunden, das vom Bezirksamt in Abstimmung mit SenStadtUm und der IGA Berlin 2017 GmbH organisiert worden sei. Die nächste derartige Veranstaltung werde voraussichtlich im November stattfinden, auf der voraussichtlich konkretere Maßnahmen vorgestellt werden könnten. Einerseits sollten die Interessen vor Ort berücksichtigt werden, andererseits aber auch die der Besucher von außerhalb. Deshalb müssten Kompromisse geschlossen werden. Die IGA sei eine Gartenausstellung, nicht die Gestaltung eines öffentlichen Parks; für einen vorübergehenden Zeitraum sei mit Eintrittspreisen und Zugangsbeschränkungen zu rechnen. Die Beeinträchtigungen für die Bürger vor Ort seien mit dem Nachnutzen der Anlage zu vertreten.

Derzeit werde die Auslobung des landschaftsarchitektonischen Wettbewerbs für die IGA Berlin vorbereitet. Die Unterlagen würden in mehreren Runden sowohl innerhalb der Abteilungen von SenStadtUm als auch mit dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf abgestimmt. Die Anforderungen und Vorgaben würden eingearbeitet. Das Verfahren werde nach den Richtlinien für Planungswettbewerbe durchgeführt. Die Wettbewerbsjury setze sich aus internationalen, nationalen und regionalen Fachleuten und Akteuren zusammen. Auch der Bezirk Marzahn-Hellersdorf sei durch den Bezirksstadtrat Gräff als Sachpreisrichter vertreten. Unter den Sachverständigen und Gästen, die bis Ende März 2013 gemeinsam mit Senats- und Bezirksverwaltung festgelegt würden, seien auch Vertreter der BVV und lokale Akteure.

Weitere Veranstaltungsformate seien vorgesehen, z. B. kleinere, die sich mit einem Thema beschäftigten. Diese sollten ca. zwei Mal im Jahr stattfinden. Die Aktionen vor Ort erfolgten in enger Zusammenarbeit mit der Agentur für Standortmarketing. Mit lokalen Akteuren wie dem Unfallkrankenhaus Berlin, dem Kleingartenverband oder der Jugendfreizeiteinrichtung in der Landsberger Allee befinde sich die IGA Berlin GmbH bereits im engen Austausch hinsichtlich gemeinsamer Projekte. Viele Projekte aus der ganzen Stadt hätten bereits ihre Zu-

sammenarbeit angeboten. Die IGA berücksichtige also die ganze Stadt, wengleich sie in Marzahn-Hellersdorf stattfindet und die örtlichen Belange berücksichtige.

Ganz Marzahn-Hellersdorf werde im Rahmen eines kuratorischen Konzepts mit Arbeiten von lokalen, aber auch internationalen Künstlerinnen und Künstlern einbezogen. Hier werde es schon vor 2017 Aktivitäten und Ausstellungen geben.

Die Gärten der Welt und deren Erweiterungsflächen seien bisher wie auch während und nach der IGA eintrittspflichtig. Für die IGA würden nach derzeitigen Planungen auch der Kienberg und Teile des Wuhletals in den Kernbereich einbezogen. Nach der IGA würden diese Teile wieder kostenfrei öffentlich zugänglich. Die Durchquerung des Wuhletals auf dem Wuhlewanderweg solle auch während der IGA weiterhin kostenlos möglich sein.

Über die Eintrittspreisgestaltung seien noch keine Aussagen möglich. Sie würden nach den Erfahrungen anderer IGAs mit der deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft entwickelt und abgestimmt. SenStadtUm achte darauf, dass die Preise familiengerecht gestaltet würden. 20 bis 25 Prozent der Besucher einer IGA kämen von außerhalb, häufig mit Bussen. Insofern müsse man überlegen, wie Gruppen bei den Eintrittspreisen berücksichtigt, aber dies auch als Potenzial einbezogen werden könne. Für Dauerbesucher – auch der Gärten der Welt – werde es Sonderkonditionen geben.

Antje Kapek (GRÜNE) stellt fest, dass es gegenüber den Antworten auf ihre Kleine Anfrage vom November 2012 bereits Fortschritte gegeben habe. Die BVV Marzahn-Hellersdorf habe in ihrem umfangreichen parteiübergreifend unterstützten Antrag mit den Umweltverbänden gefordert, dass die IGA eine ökologisch und landschaftsgärtnerisch interessante Veranstaltung, auch ein ökologischer Lernort für die angrenzende Region werden solle. BVV und Umweltverbände wollten nicht nur über den Planungsstand informiert, sondern auch in die Planung des lokalen Teils, vor allem im Wuhletal und am Kienberg, einbezogen werden. Werde über ein solches Beteiligungsverfahren nachgedacht? Wann würden hier Entscheidungen getroffen?

Die Einnahmeerwartungen müssten bei einem dezentralen Austragungsort geringer angenommen werden als bei einem zentralen wie dem Tempelhofer Feld, zumal ein großer Teil der Stammbesucher der Gärten der Welt Dauerkartenbesitzer, häufig mit Ermäßigung sei. Wann sei mit konkreten Kostenplanungen, der genauen Flächenausweisung und inhaltlichen Gestaltung zu rechnen?

Katrin Lompscher (LINKE) fragt, ob Vertreterinnen und Vertreter der lokalen Gartenfreunde und Sportakteurinnen und -akteure Teil der Jury seien. Diese Beteiligung sei wichtig, weil das IGA-Gelände von Kleingartenanlagen umgeben sei, von denen eine wegen ihres besonderen ökologischen Konzepts bundesweit ausgezeichnet worden sei. Auch Sportvereine nutzten derzeit die frei zugänglichen Gebiete, die in die IGA einbezogen werden sollten. Wenn diese Gebiete während der IGA nicht zu nutzen seien, müssten andere Möglichkeiten überlegt werden. Auch wenn viele Gäste von außerhalb kämen, müsse man sich um Akzeptanz vor Ort bemühen. Bei den derzeitigen Einnahmeerwartung gehe man wohl von einer großen Zahl auswärtiger Besucher aus. Wie solle um dieser geworben werden? Welche Verkehrsmittel sollten sie nutzen? Wie sehe das Verkehrskonzept vor Ort aus? Wie gehe an mit den Sorgen der benachbarten Kleingärtner bezüglich des Verkehrs um?

In welcher Weise gedenke SenStadtUm sowohl das Abgeordnetenhaus als auch die BVV Marzahn-Hellersdorf frühzeitig in Planungs- und Abstimmungsprozesse einzubeziehen? Wann werde ein schriftlicher Bericht vorgelegt? Erst wenn ein solcher vorliege, könne man detailliert über das inhaltliche und finanzielle Konzept sprechen.

Dass es nicht einfach sei, ein Stadtentwicklungsprojekt mit Ausstellungen auf den Weg zu bringen, zeige sich bei der IBA und IGS in Hamburg. Eine IGA als Instrument für ein Stadtentwicklungsprojekt, das sonst in der Stadt keine Akzeptanz finde, lehne ihre Fraktion nach wie vor ab. Ebenso lehne Die Linke eine IGA, in der Aufwand und Nutzen in keinem vernünftigen Verhältnis stünden, ab. Die IGA mit den Gärten der Welt und ihrer Erweiterung zu verbinden, sei eine kluge Entscheidung gewesen. Die Linke gebe dem Konzept IGA eine Chance.

Philipp Magalski (PIRATEN) bemerkt, mit der IGA könne sich Berlin in der Welt als ökologisch vorbildlich darstellen, wozu Ansätze schon zu erkennen seien. Auch der Bezirk Marzahn-Hellersdorf könne davon profitieren. Er appelliere an den Senat, die Sozialverträglichkeit der Eintrittspreise zu gewährleisten. Ermäßigungen müssten entsprechend dem Einkommen gewährt werden, z. B. für Studenten oder im Berlin-Pass. Wie stehe der Senat zu den Plänen, eine Seilbahn und einen Aussichtsturm zu errichten?

Liane Ollech (SPD) erklärt, alle erhofften sich, dass die IGA in Marzahn-Hellersdorf zu einem Erfolg werde. Wie solle ein Verkehrskonzept für die IGA aussehen? Würden die ÖPNV-Verbindungen zur IGA verstärkt oder würden neue eingerichtet? Wie solle die Parkplatzsituation verbessert werden?

Stefan Evers (CDU) erinnert daran, dass der Standort der IGA und ihre Konzeption von der CDU unterstützt würden. Wie sei es mit der Auswahl anderer Referenzstandorte im Rahmen der IGA bestellt? Wie weit sei dort der Diskussionsprozess? Wie weit seien die Strategie Stadtlandschaften und die IGA aufeinander abgestimmt? Welche Vorschläge und Wunschlisten seien beim Senat bisher eingegangen?

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm) bedankt sich für die Unterstützung, die in allen Beiträgen zu erkennen gewesen sei. Der Senat nehme den BVV-Beschluss ernst und berücksichtige ihn, könne aber nicht jedem Wunsch der BVV in Gänze nachkommen, weil die lokalen Belange nicht immer maßgeblich seien.

Nachdem die anfängliche Skepsis der Umweltverbände überwunden sei, seien bereits Arbeitsgruppen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gebildet worden. Bei den Sachverständigen und Gästen für den Wettbewerb, die bis Ende März 2013 von Senat und Bezirksverwaltung festgelegt würden, seien auch Vertreterinnen und Vertreter der BVV und lokale Akteure – auch von Kleingärten oder Sportvereinen – vertreten.

Die Einnahmeerwartungen seien bei der Neuaufstellung des Wirtschaftsplans angepasst worden. Für die Haushaltsberatungen im Herbst lägen genauere Informationen vor.

Ob eine Seilbahn und ein Aussichtsturm errichtet würden, sei noch nicht abschließend geklärt. Man überlege, wie die Attraktivität der Ausstellung erhöht werden könne.

Das IGA-Umfeld habe bisher schon eine gute ÖPNV-Anbindung. Die Gärten der Welt selbst hätten aber keine Schnellbahnanbindung. Deshalb plane man, die Ausstellung in Richtung der ÖPNV-Zugänge zu verlängern, z. B. beim U-Bahnhof Neue Grottkauer Straße auf Hellersdorfer Seite, aber auch die Straßenbahnhaltestelle am Straßenbahnbetriebshof. In dem Verkehrskonzept müssten auch die Belange von Menschen mit Behinderungen oder Mobilitätseinschränkungen berücksichtigt werden. Eine Seilbahn wäre ebenfalls eine Möglichkeit, das Wuhletal vom U-Bahnhof Neue Grottkauer Straße bis zum Ausstellungsgelände zu überbrücken. Ob dies finanzierbar sei, müsse noch genauer analysiert werden. Zu klären sei dann auch, ob dies ein temporärer oder ein dauerhafter Bau werden solle. Derzeit gehe man von einer zeitlich begrenzten Einrichtung aus.

Über das Parkkonzept und die verfügbaren Flächen sei SenStadtUm mit dem Bezirk im Gespräch. Auch eine Stadtgüterfläche direkt an der Stadtgrenze sei im Gespräch, von wo ein Shuttle eingerichtet werden müsste. An dem wichtigen Konzeptbestandteil Verkehrskonzept arbeite man bereits seit 2012. Bis Herbst seien voraussichtlich konkrete Maßnahmen vorzustellen.

Christoph Schmidt (Geschäftsführer IGA Berlin 2017 GmbH, Grün Berlin GmbH) ergänzt, nach den Veränderungen des letzten Jahres sei die Gesellschaft bereits nach einem Monat auf die lokalen Akteure zugegangen, insbesondere die Naturschutzverbände. Eine Arbeitsgruppe sei gegründet worden, damit gemeinsame Projekte definiert werden könnten. Hinweise seien bereits in den derzeit in Arbeit befindlichen Auslobungstext eingeflossen. Auch mit den Kleingärtner sei der Kontakt aufgenommen worden. Das konstruktive Bürgerhearing vor drei Wochen sei mit mehr als 350 interessierten Bürgern ein Erfolg gewesen. Das Protokoll davon, das bald online gestellt werde, sei Bestandteil weiterer Planungsüberlegungen.

Dr. Gabriele Hiller (LINKE) bestätigt, dass die Bürgerbeteiligung nachahmenswert sei. Auf der Veranstaltung habe sich das rege Interesse der Bürgerinnen und Bürger gezeigt. Da zu erwarten sei, dass sich im Planungsprozess weitere Probleme ergäben, fordere sie, dass die Bürgerbeteiligung verstärkt werde und Einzelgruppen gebildet würden. Positiv sei, dass zum Thema IGA eine Internetseite eingerichtet worden sei. Diese müsse aber auch ständig aktualisiert werden. Dort solle auch das Parkkonzept dargestellt werden. – Der Erfolg der IGA messe sich für sie daran, wie die innerbezirkliche Verankerung sein werde. – Wie solle die Beteiligung von Künstlerinnen und Künstlern aussehen?

Christoph Schmidt (Geschäftsführer IGA Berlin 2017; Grün Berlin GmbH) antwortet, über die Kunst solle Partizipation ermöglicht werden, insofern seien partizipative Kunstverfahren gewählt werden. Diese würden 2013 etabliert und 2014 begonnen.

Da die IGA für das ganze Land gedacht sei, nicht nur für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf, könnten sich sämtliche Bezirke und weitere Institutionen in einem begleitenden Verfahren mit Einzelprojekten beteiligen. Die konstituierende Sitzung des Gremiums habe vor sechs Wochen stattgefunden. Alle Beteiligten seien anwesend gewesen und hätten sich Beurteilungskriterien auferlegt. Nun würden die Projekte beurteilt und qualitativ hochwertige in der Größenordnung von 15 vom Gremium ausgewählt.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide erklärt die Besprechung für erledigt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Artenvielfalt in Gefahr. Was tut der Senat gegen den
dramatischen Rückgang der Vogelbestände in
Berlin?**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0069](#)
StadtUm

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.

* * * * *